

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 9. Ratssitzung vom 2. Juli 2014

235. 2013/440

Postulat von Walter Angst (AL) vom 11.12.2013: Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und Vertragspartner der Stadt, standardmässige Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Normen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4573/2013): Das Tiefbauamt hat Aufträge für die Reinigung von Strassen und Parks an eine Firma vergeben, die den Verhaltenskodex der Stadt nicht einhielt. Das Tiefbaudepartement stellte sich auf den Standpunkt, dass die Lohnkontrolle nicht den Auftrag der Stadt betreffe. Deshalb sei die Zusammenarbeit mit der Firma für die Stadt weiterhin tragbar. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass künftig mit Firmen zusammengearbeitet wird, die garantieren können, keine Dumpinglöhne zu zahlen und die Vorgaben des Verhaltenskodexes grundsätzlich einzuhalten. Klare Verhältnisse sind auch für die Vertragspartner der Stadt wichtig.

Urs Fehr (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Januar 2014 gestellten Ablehnungsantrag: Wir sind mit dem letzten Satz des Postulatstextes nicht einverstanden. Dies geht zu weit. Es muss auch ein Vertrauensverhältnis bestehen.

Weitere Wortmeldungen:

Jean-Claude Virchaux (CVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Wenn der Kodex besteht, ist es wichtig, diesen auch umzusetzen. Dadurch werden für alle dieselben Ausgangsbedingungen geschaffen. Der letzte Satz des Postulatstextes geht jedoch auch uns zu weit. Deshalb beantragen wir die Streichung dieses Satzes.

Guido Hüni (GLP): Wir möchten alle, dass Vorgaben eingehalten werden. Die Stadt hat eine Vorbildfunktion. Es geht jedoch auch um das Verhältnis der Stadt zu ihren Vertragspartnern. Wir haben das Postulat deshalb kontrovers diskutiert. Aus unserer Sicht gibt es genügend Möglichkeiten, Kontrollen durchzuführen. Wir gehen davon aus, dass die Stadt aufgrund der Missbrauchsfälle sensibilisiert ist und ihre Kontrollmöglichkeiten wahrnehmen wird. Auch heute ist es für die Stadt möglich, bestehende Verträge fristlos zu kündigen und künftige Bestellungen und Leistungen auszusetzen. Wenn sich jemand widersetzt, kann er von künftigen Vergabeverfahren für die Dauer von bis zu fünf Jahren ausgeschlossen werden. Die Stadt hat bereits heute die Möglichkeit Sanktionen auszuüben und dadurch ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen. Die Forderung der AL geht zu weit und wird zu einer Aufblähung des Staats führen. Im Postulat wird gefordert, dass Unternehmen bereits im Ausschreibungsverfahren geprüft werden. Es ist unklar, ob die-

se Kontrollen bereits bei der Anmeldung oder erst beim Einladungsverfahren durchgeführt werden sollen. In grösseren Unternehmen ist die Lohnbuchhaltung komplex. Dafür braucht es externe Kontrollinstanzen. Auch die Subunternehmen werden externe Kontrollinstanzen beauftragen müssen. Im Zusammenhang damit werden neue Stellen geschaffen. Die Verfahren werden sich verzögern und höhere Kosten mit sich bringen. Wir wünschen uns einen Staat, der auf Vertrauen und weniger auf Kontrollen basiert.

Linda Bär (SP): Die möglichen Sanktionen sind wirkungsvoll, nützen jedoch nichts, wenn keine Überprüfungen durchgeführt werden. Wenn die Stadt sich Prinzipien auferlegt, soll es nicht bei einem Lippenbekenntnis bleiben. Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser. Dadurch wird die Bürokratie nicht unnötig aufgebauscht. Es handelt sich um eine nötige Massnahme, um die städtischen Richtlinien durchzusetzen.

Roger Tognella (FDP): Wir müssen darauf achten, keine unnötige Bürokratie aufzubauen. Es besteht auch das Risiko, dass Gewerbebetriebe nicht mehr mit der Stadt zusammenarbeiten wollen. Es gibt bereits genügend Kontrollmöglichkeiten. Die aufgestellten Submissionsbedingungen sind gut, es braucht keine zusätzliche Bürokratie.

Markus Kunz (Grüne): Es geht um Legal Compliance. Dieser Vorgang betrifft sämtliche Anbieter. Wir befürchten keinen grossen bürokratischen Aufwand.

Severin Pflüger (FDP): Ich bin mit dem Thema der Lohnbuchkontrollen oft konfrontiert. Oft sind die Verstösse nicht so schwerwiegend, wie sie von den Kontrolleuren dargestellt werden. Die Kontrolleure sind ideologisch vorgeprägt. Das System der Lohnbuchkontrolle versagt bei zentralen rechtsstaatlichen Grundsätzen. Wir müssen an diesem System arbeiten. Das System ist wichtig, führt jedoch häufig zu Willkür. Wir müssen darauf achten, dass die Verfahren fair sind.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die im Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich zwingend verlangte Einhaltung von Gesetzen und Normen standardmässig überprüft werden kann. Geklärt werden soll insbesondere, in welcher Form schon vor der Vergabe geklärt werden kann, ob die an der Submission teilnehmenden Firmen die geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten. Zudem soll geklärt werden, wie die VertragspartnerInnen im Verhaltenskodex verpflichtet werden können, Lohnbuchkontrollen und deren Ergebnisse der Stadt unaufgefordert zu melden.

Das geänderte Postulat wird mit 87 gegen 30 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat